

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftst. 2-3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Genf und London.

Ministerbesprechung und Juristenkonferenz.

Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag fanden vertrauliche Besprechungen zwischen den drei alliierten Außenministern Chamberlain, Briand und Vandervelde über den Sicherheitspakt statt, die eine völlige Übereinstimmung in dieser Frage ergaben.

Dr. Gaus legte dann sehr ausführlich den Standpunkt der deutschen Regierung dar. Es verlautet, daß sämtliche Sanktionen sowohl in Europa wie in den Rheinländern von der Entscheidung des Völkerbundes abhängig gemacht werden müßten.

Rüstungseinschränkung in England.

Schließung zweier Marinewerftstätten.

London, 3. September. (W.B.) Die Admiralität teilt mit, daß die Marinewerftstätten Rotherthorpe und Pembroke mit Rücksicht auf die Einschränkung des Flottenbauprogramms demnächst geschlossen werden.

Ein Mißton auf dem Friedenskongress.

Löbe nicht gehaltene Rede.

Der Weltfriedenskongress in Paris sollte sein besonderes Gepräge durch die Anwesenheit der beiden Präsidenten des französischen und deutschen Parlaments erhalten.

Was Löbe sagen wollte.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ansprache, die Reichspräsident Löbe am Mittwoch auf dem Internationalen Friedenskongress zu halten vor hatte, weist eingangs darauf hin, daß es sich nicht mehr um die Anerkennung des großen Friedensideals, sondern um seine Ueberführung in die Wirklichkeit handele.

Löbe bei Painlevé.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwochabend ist Löbe von dem französischen Ministerpräsidenten Painlevé empfangen worden und hat mit ihm eine längere Unterredung über die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland gehabt.

Aufteilung des Kohlenmarktes?

Deutsche Vorschläge in London.

London, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Die seit Tagen in London umlaufenden Gerüchte, daß die deutsche Regierung offiziell Vorschläge für eine gemeinsame deutsch-englische Preisregulierung für Exportkohle und zur Aufteilung des Kohlenmarktes gemacht habe, wird von den maßgebenden Stellen zwar abgelehnt.

Aus dem völkischen Idealstaat.

Ein neues Schandblatt der ungarischen Justiz.

Budapest, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) In geheimer Verhandlung wurde der frühere ungarische Innenminister Beniczky wegen Beleidigung des Reichsverweisers Horthy und Bruch des Amtsgeheimnisses zu drei Jahren Gefängnis und 15 Millionen Selbststrafe sowie zu drei Jahren Amtsentlust und Aufhebung seiner politischen Rechte verurteilt.

Bei dem „Verbrechen“ Beniczkys handelt es sich gar nicht um eine Beleidigung des ungarischen Reichsverweisers, sondern vielmehr darum, daß Beniczky vor Gericht wahrheitsgemäße Angaben über die Ermordung der beiden sozialdemokratischen Redakteure Somogy und Bacso gemacht hat, die nach den Ermittlungen, die er als Innenminister angestellt hatte, durch Offiziere entführt worden waren und später als stark verstümmelte Leichen in der Donau aufgefunden wurden.

Der Aufstand in Syrien.

Beruhigende offiziöse Nachrichten.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Der französischen zuständigen Stelle sind Nachrichten über die Lage in Syrien zugegangen, die es ihr erlauben, einen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Monate zu geben.

Die Ostfragen in Marseille.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und des Bolschewismus.

V. Sch. Marseille, Ende August.

Ueber die Friedensprobleme im Westen Europas war man auf dem Marceller Kongress verhältnismäßig leicht einig geworden, nachdem es gelungen war, die englische Delegation von ihrer ursprünglichen ablehnenden Stellungnahme gegenüber dem Sicherheitspakt abzubringen.

Der Hamburger Kongress hatte die Frage des Bolschewismus nur gestreift, während in Marseille zum erstenmal das bolschewistische Problem Gegenstand einer eingehenden Stellungnahme der Sozialistischen Internationale sein sollte.

Wir sind in dieser wie in allen Fragen, die den Bolschewismus betreffen, erheblich skeptischer als unsere englischen Genossen. Das hysterische Geschrei der kommunistischen Presse ist eher für uns ein Grund, diese Kriegsgefahr zu vermeiden als sie zu bejahren.

Erheblich kompliziert wurde allerdings das Problem des Gegensatzes zwischen dem englischen und dem russischen Imperialismus durch den großen Aufstand im Fernen Osten und in Indien, der in seinem Wesen zweifellos einen, wenn auch nicht immer bewußten, proletarischen Klassencharakter trägt.

Der Todessturz aus dem D-Jug.

Der Auffklärung nähergerückt.

Heute früh traf im Berliner Polizeipräsidium aus Holland die telegraphische Nachricht über das Ergebnis der Untersuchung der dortigen Kriminalpolizei ein. Kriminalkommissar Freitag von der holländischen Kriminalpolizei meldete, daß das Kindermädchen Marie Lampersbach ihre Stellung in Graveland ordnungsmäßig verlassen hat. Es ist nichts vorgefallen, das sie zu einer Flucht hätte veranlassen können. Bei der Abreise befand sie sich im Besitze von 70 Gulden und einem neuen großen Reiseflojer. Die gestrige, von anderer Seite erfolgte Meldung, daß die Lampersbach an Verfolgungswahnsinn gelitten habe, ist unzutreffend.

Nach dem Ergebnis der neuesten Ermittlungen scheint die Lampersbach das Opfer eines tragischen Mißverständnisses geworden zu sein. Wie die Zeugenaussagen ergaben, hatte sie sich von einer diaken Frau und einem Herrn mit schwarzem Schnurrbart bedroht gefühlt. Der Herr hatte leider den Zug bereits verlassen, als man nach ihm suchte. Die Holländerin wurde angehalten und nach einer eingehenden Vernehmung in derselben Nacht von der Kriminalpolizei in einem Hotel untergebracht, da sie angeblich in Berlin völlig fremd zu sein. Gestern — Mittwoch vormittag — wurden noch einmal Mitreisende vernommen, die bei ihrer Behauptung übten, daß die Holländerin, eine Frau Malka Leichtheil, sich durch ihr Betragen verdächtig gemacht habe. Gegen mittig des gestrigen Tages wurde Frau Leichtheil noch einmal eingehend vernommen. Da ihr keine Verletzung nachgewiesen werden konnte und sie immer noch behauptete, sich um das Mädchen nicht gekümmert zu haben, so mußte sie wieder entlassen werden. In den Nachmittagsstunden rief durch den Fernsprecher eine männliche Person bei der Nordkommission an und teilte mit, daß Frau Leichtheil auf dem Polizeipräsidium ein Beutelchen mit 34 Brillanten verloren habe. Da alles Nachsuchen nach diesem Beutelchen vergeblich war, schenkte man dieser Mitteilung zuerst keinen Glauben. Richtig meldete sich eine Heimmagelrau, die auf der Frauenloilette das vermißte Beutelchen gefunden hatte. Jetzt wurde Frau L. wieder aus dem Hotel geholt. Wie ihr Paß zeigte, hat sie oft Deutschland durchquert, um nach Polen zu kommen. Sie erkannte das Beutelchen als ihr Eigentum und gab an, daß sie es am Körper versteckt gehabt habe. Es liegt also der Verdacht nahe, daß man in ihr eine gewerbsmäßige Diamantenschmugglerin erwischt hat. Nicht findet auch ihr Verhalten im D-Juge eine Erklärung. Nach Art der Schmuggler hat sie, wie der Sachausdruck heißt, „schichtert“, d. h. eine Annäherung an eine unverdächtige Person gesucht, um in deren Schutz der Aufmerksamkeit der Beamten zu entgehen. Als Opfer wählte sie die Lampersbach. Diese Mißverständnisse die Annäherungsversuche der Frau und glaubte sich verfolgt. Ohne Zweifel gehört auch der Herr mit dem schwarzen Schnurrbart zu der Frau L., entweder ist er ihr Gatte oder ebenfalls ein Schmuggler. Die 34 klaren ungeschliffenen Diamanten wurden beschlagnahmt und der Zollbehörde übergeben. Frau Leichtheil wurde jetzt in Haft genommen. Da die Behauptung der Frau L., in Berlin keinen Bekannten zu haben, angezweifelt werden muß, so werden alle Personen, die zweideutliche Mitteilungen machen können, gebeten, diese den Kommissaren Johannes Müller und Japfe im Polizeigebäude in der Magazinstraße, Zimmer 44, zuzuleiten.

Zwei neue Dachstuhlbrände.

Wieder Brandstiftung?

Heute früh gegen 6 Uhr wurde die Feuerwehr der Remeler Wache nach dem Hause Güntherstraße 3 in Nichtenberg gerufen. Hier war ein Dachstuhlbrand ausgebrochen. Die Wehr, die im Erdhinter Alambereitschaft liegt, rüdte mit großem Aufgebot an. Während man noch am Löschen war, sah man plötzlich aus dem Dachstuhl des Hauses Wagnerstraße 2 helle Flammen schlagen. Durch Zugang anderer Wachen wurde die Wehr noch verstärkt und auch die Bekämpfung dieses zweiten Brandes in Angriff genommen. Da nach Ansicht des Leiters der Remeler Wache Brandstiftung vorliegt, wurde die vom Polizeipräsidenten ernannte Brandkommission sofort alarmiert. Unter Leitung des Oberinspektors Klinghammer und des Kriminalkommissars Riese eilten die Beamten herbei und setzten sofort mit den Nachforschungen und Ermittlungen ein. Der Gebäudekomplex an der Ecke der Wagner- und Güntherstraße bildet ein Bierd mit dreimal vier Häusern. Zwischen den beiden Brandstätten liegt ein Eckhaus, das vom Feuer verschont geblieben ist. Die beiden Dachstühle konnten nicht gerettet werden und sind vollkommen ausgebrannt. Ein Feuerwehrmann erlitt eine schwere Rauchvergiftung und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Sämtliche Hausbewohner wurden von den Kriminalbeamten eingehend befragt. Ein genaues Ergebnis der Nachforschungen ist zurzeit noch nicht bekannt.

Energische Maßnahmen gegen die Brandstifter.

In der Pressestelle des Polizeipräsidiums fand heute unter Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Friedensburg eine Konferenz statt, in der eingehend die überhandnehmenden Brände in den letzten Tagen zur Sprache kamen. Dr. Friedensburg hat persönlich eine Anzahl Brandstätten besucht und wird an Hand der Untersuchungen und Erfahrungen einen großzügigen Überwachungsdienst organisieren. Außer der ständigen Kriminal-Brandkommission, die erheblich verstärkt wird, soll der ständige Straßenerwachenungsdienst ebenfalls verstärkt werden. Ein weiterer Plan ist der ins Auge gefasste Flugüberwachungsdienst. Das Flugzeug, das bisher nur als Verkehrs- und Beförderungsmittel, allenfalls auch zur Bekämpfung von Fortschüttlungen herangezogen wurde, soll jetzt auch in den Polizeidienst gestellt werden und in geringer Höhe fliegend, die Berliner Häuserkomplexe von oben herab überwachen. Daneben werden hohe Belohnungen ausgesetzt, die demjenigen, der die Brandstifter überführt oder zu deren Ermittlung beiträgt, sofort ausbezahlt werden. Die Berliner Polizei wird also die schärfsten Maßnahmen zur Verhinderung der verbrecherischen, Leben und Gut der Mitmenschen gefährdenden Brandstiftungen ergreifen. Es ist zu hoffen, daß die Brände durch diese Maßnahmen gänzlich aufhören, zumindest aber auf ein Minimum zurückgehen.

14. Deutsche Gastwirtsmesse.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich auch im Ausstellungsweesen bemerkbar gemacht. Die letzten Veranstaltungen dieser Art waren durchweg schwächer besucht und beschränkt; einzelne mühten sogar wegen ungenügender Beteiligung ganz und gar abgelaufen werden. Gelegentlich der gestrigen Eröffnung der 14. Allgemeinen Deutschen Gastwirtsmesse im Landesaussstellungsgelände am Lehrter Bahnhof wies der Leiter und Begründer dieser seit Frühjahr 1919 bestehenden Messe darauf hin, daß man dieser Veranstaltung eine neue Organisationsbasis gegeben habe. Im Hinblick darauf, daß die für Hotel-, Restaurations- und Küchenbedarf einschlägigen Industrie-, Handels- und Gewerbegruppen neben den Hotels und Gasthäusern auch noch andere Verbraucherkreise beliefern, ist die Gastwirtsmesse dahingehend ausgestaltet worden, daß auch diese Interesse am Besuch der Messe haben. Speziell der Küchenfachmann und die im Gewerbe mitbeteiligende Frau werden vieles finden. Gleich am Eingang ist z. B. der Sonderraum „Küchertische“, wo u. a. die „Städtischen Gaswerke“ musterhafte Anlagen im Betrieb praktisch vorführen. Ebenso reichhaltig ist die Gruppe Restaurationsinventar. Man findet da alles, was für Hotel-, Restaurations-, Saal- und Bühnenausstaltungen notwendig ist. Auch die chemisch-technische Industrie ist reichlich vertreten mit Seife, Putzmitteln, Fußbodenöl, Saalwachs, Waschlösungsmittel und ähnlichen Erzeugnissen. Die Tabakbranche erwartet gute Abschlüsse in Zigarren, Zigaretten usw., weil die neuen Steuererlasse im Oktober wesentliche Preisserhöhungen bringen, namentlich für die Marken des Raffinements. Die Messe ist bis Freitag jeden Tag vormittags 10 bis abends 9 Uhr geöffnet.

Die Beschlüsse von Marseille.

Die Sozialistische Internationale und der Bolschewismus.

Außer der in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Resolution über die Friedensprobleme, die sich vornehmlich mit den westeuropäischen Fragen beschäftigt, hat der Marceller Kongreß einstimmig auch nachstehende Resolution über die Fragen des Nahen und des Fernen Ostens angenommen:

Die Probleme des Ostens.

In dem Augenblick, in dem die internationale Lage in Westeuropa unter dem ständigen Druck der Arbeiterklasse friedlicher zu werden beginnt, erscheint die Lage in Osteuropa voll der schlimmsten Gefahren und beansprucht die ernsthafteste Aufmerksamkeit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Seit dem Sturz der britischen Regierung sind die Gegensätze zwischen den kapitalistisch-imperialistischen Mächten, insbesondere dem britischen Reich einerseits und der Union der Sowjetrepubliken andererseits in gefährlichem Maße verschärft worden. Innerhalb der kapitalistisch-imperialistischen Staaten erstarken die Kräfte, die durch die nationalistischen revolutionären Bewegungen in China, in Indien, in den mohammedanischen Ländern erschreckt, zu einer aggressiven Politik gegen die Union der Sowjetrepubliken drängen.

Die kommunistische Internationale nährt die Illusion, daß die Befreiung der Arbeiter ihnen auf den Epochen der Bonaparte siegreicher roter Armeen gebracht werden könne und daß es eines neuen Weltkrieges bedürfe, um die Weltrevolution herbeizuführen. Sie ermutigt die revolutionären Bewegungen in Asien und Afrika in der Hoffnung, auf sie gestützt, dem Kapitalismus durch den Krieg den Todesstoß zu verfehlen.

Aus diesen gegensätzlichen Tendenzen geht die ernste Gefahr eines neuen Weltkrieges hervor. Durch diese Gefahr werden an unmittelbaren die Nachbarstaaten Rußlands zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und die Balkanstaaten bedroht. Die Begründung dieser neuen Staaten der aus dem Joch der Romanows, der Habsburger und Hohenzollern befreiten Völker stellt einen wesentlichen Sieg der Demokratie dar. Aber dieser Sieg ist dadurch eingeschränkt worden, daß die Grenzen dieser Staaten unter dem unmittelbaren Einfluß der imperialistischen Mächte nach deren Interessen gezogen worden sind, daß in vielen Fällen das Selbstbestimmungsrecht der Völker dabei verletzt wurde und daß die Rechte der nationalen Minderheiten mißachtet werden.

Der Zustand ständiger Unruhe, der insolge dessen und insolge der politischen Reaktion in einer Reihe dieser neuen Staaten in diesem Teil Europas besteht, wird durch zwei Umstände verschärft. Einerseits sind diese Staaten Putzchen ausgelegt, die unter dem Einfluß der kommunistischen Internationale organisiert werden, um als Vorwand zu dienen, diesen Ländern das Schicksal Georgiens und Armeniens zu bereiten. Andererseits können die kapitalistisch-imperialistischen Mächte diese Staaten als ihren Stützpunkt gegen Sowjetrußland mißbrauchen. Diese Lage ist um so bedrohlicher, als jeder Konflikt im Osten den ganzen Erdteil in Brand zu stecken droht.

Angesichts dieser Gefahren erklärt der Kongreß: 1. Die Internationale tritt rückhaltlos für das Recht der neuentstandenen Staaten auf freie und unabhängige Existenz ein.

Die Internationale erklärt es neuerdings mit größtem Nachdruck als Pflicht aller sozialistischen Parteien, insbesondere aber der sozialistischen Parteien der großen Weltmächte und der Randstaaten, jede gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Politik zu bekämpfen und die Herstellung friedlicher politischer Beziehungen und normalen wirtschaftlichen Verkehrs mit der Sowjetunion zu fordern.

Der Kongreß begrüßt die Verbesserung der internationalen Lage der Sowjetunion, die seit dem letzten Kongreß in Hamburg vornehmlich dank der Aktion der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingetreten ist. Die rechtliche Anerkennung der Sowjetunion durch Deutschland, England, Italien, Dänemark, Frankreich, Japan und viele andere Staaten, hat den diplomatischen Bankrott durchbrochen, den die kapitalistischen Mächte ihr auferlegen wollten.

Diese Tatsache gibt der Internationale das Recht, das russische Volk aufzufordern, die Herstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Freiheit in der Sowjetunion anzustreben und sich jeder aggressiven und annexionspolitischen Politik ihrer eigenen Regierung sowie jeder Propaganda zu widersetzen, die auf gemaltene Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gerichtet ist.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist sich dessen bewußt, daß die Kriegsgefahr wesentlich verringert würde, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Sowjetunion nicht in den Händen einer diktatorischen Gewalt, sondern in den Händen der Völker der Sowjetunion selbst läge. Die Internationale unterstützt daher mit größtem Nachdruck die Bestrebungen der sozialistischen Parteien der Sowjetunion nach der Demokratisierung des Regimes der Sowjetunion und der Herstellung der politischen Freiheit.

2. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale begrüßt das Erwachen der breiten arbeitenden Volksmassen der chinesischen, der indischen und der mohammedanischen Welt. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist sich bewußt, daß ein neuer Weltkrieg nur dann verhindert werden kann, wenn die europäisch-amerikanische Demokratie selbst das Selbstbestimmungsrecht aller Völker anerkennt und gegen den

europäisch-amerikanischen Imperialismus durchsetzt. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale verpflichtet daher alle sozialistischen Parteien, einen ständigen und energiegelassen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der unterworfenen Völker Asiens und Afrikas zu führen.

Die Internationale verpflichtet die chinesischen Arbeiter der vollen Solidarität und fordert insbesondere für China die Aufhebung des fremden Drucks, die Aufhebung des Systems der Konzessionen und die sofortige Einführung moderner Arbeiterschutzgesetze zum Schutze der ausgebeuteten chinesischen Arbeiter.

3. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert das Selbstbestimmungsrecht für die durch alle Friedensverträge seit 1918 sowie durch die Beschlüsse der Völkerkonferenzen einer Fremdherrschaft unterworfenen Völker, ebenso wie für die Völker der Sowjetunion, die ihre staatliche Selbständigkeit während der Revolution erlangt haben, wie Armenien, Georgien, die Ukraine und andere.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale erwartet von allen angeschlossenen Parteien, daß sie die Rechte der nationalen Minderheiten tatkräftig verteidigen, für die in geschlossenen Gebieten siedelnden Minderheiten Autonomie, für die zerstückelten Minderheiten Gleichberechtigung und Freiheit des Gebrauchs ihrer Sprache sowie die Entwicklung ihrer Schule und Kultur fordern. Die Internationale stellt fest, daß ein dauernder Friede nur dann gesichert werden kann, wenn die internationale Rechtsordnung im Sinne des Artikels 19 des Völkerbundespakts planmäßig in der Richtung weiterentwickelt wird, daß eine Revision der Staatenordnung und der Staatsgrenzen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit den friedlichen Mitteln des Schiedsgerichtes und des Plebiszits ermöglicht wird, damit die unterworfenen Völker ihre Befreiung nicht von neuen Kriegen erhoffen. Die Internationale konstatiert aber, daß die Anwendung dieses Grundsatzes auf den Osten Europas den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund voraussetzt und notwendig macht.

4. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale verurteilt als das schärfste die in verschiedenen Ländern, insbesondere in Bulgarien, wütende Gewalt- und Terrorherrschaft und ruft alle Sozialisten auf, sich mit aller Kraft jeder Gewalttat zu widersetzen und die Beseitigung jedes Terrors zu fordern.

Resolution über Marokko.

Der Kongreß erhebt leidenschaftlichen Protest gegen die kriegerischen Ereignisse, die sich gegenwärtig in Marokko abspielen und neues Blutvergießen verursachen. Er macht sich die Entschiedenheit zu eigen, die die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien Englands, Spaniens und Frankreichs am 28. Juli 1925 gefaßt haben. Die Parteien der Internationale fordern von den beteiligten Regierungen eine sofortige und entscheidende Aktion zur Wiederherstellung des Friedens.

Sie fordern die Veröffentlichung der zwischen Spanien und Frankreich vereinbarten Friedensbedingungen. Sie fordern, daß diese Bedingungen sofort und direkt dem Führer der Rifkämpfer Abd el Krim mitgeteilt werden und verlangen von diesem eine klare Antwort über die Möglichkeit sofortiger Verhandlung und Verständigung. Sie sind überzeugt, daß der beste Weg zum Frieden zu gelangen, darin besteht, diese Verhandlungen rückhaltlos unter die Kontrolle der gesamten internationalen öffentlichen Meinung zu stellen.

Diese Verhandlungen müssen in erster Linie folgenden Gesichtspunkten Rechnung tragen:

1. Die Unabhängigkeit des Rif ist von Spanien anzuerkennen.

2. Spanien und Frankreich stimmen einer Verächtigung der Grenzen zu, um die sowohl für die Ernährung des Rif als für seine wirtschaftliche Organisation unentbehrlichen Vereinbarungen zu erleichtern.

Der Kongreß fordert ferner, daß die militärischen Operationen sofort eingestellt werden, sobald die Friedensverhandlungen begonnen haben. Er erklärt, daß, wenn man sich über wesentliche Punkte nicht einigen kann, Spanien, Frankreich und Abd el Krim den Streitfall dem Schiedspruch des Völkerbundes unterbreiten sollen. Ebenso wäre es angezeigt, daß der Friedensvertrag, sobald er unterzeichnet ist, beim Völkerbund registriert wird; der Riffstaat soll das Recht haben, in den Völkerbund einzutreten, wenn er es wünscht.

Die sozialistischen Vertreter erklären überdies, daß sie die marokkanische Frage als eine derjenigen ansehen, mit denen sich der Völkerbund befassen soll. Schon jetzt, bis zur Unterzeichnung des Friedens soll der Völkerbund die Einhaltung der internationalen Verträge überwachen, namentlich in bezug auf den freien Verkehr der Sanitätsmissionen im Kriegsgebiete, die Anwendung der Bestimmungen gegen den Waffenschmuggel und gegen gewisse Ausschreitungen des Krieges, wie die Verwendung von Giftgasen, ferner die humane Behandlung der Gefangenen und Verwundeten.

Für die Zukunft soll der Völkerbund ein den von ihm bereits eingeführten Mandaten entsprechendes Regime vorsehen. Mit den hier aufgeworfenen Problemen ist endlich auch die Internationalisierung der Meerengen verbunden, die allein die allgemeinen Interessen der Völker in Einklang bringen und sie von dem besonders gefährlichen Streit aus Gründen des Prestiges und der wirtschaftlichen Selbstsucht befreien kann. Die Weltgesamtwirtschaft erfordert sowohl im Hinblick auf eine organisierte Produktion als auf die Verteilung der Rohstoffe im Weltmaßstab, die die Begehrlichkeit der Kapitalisten eindämmen und ihre mörderischen Folgen beseitigen soll, daß der Völkerbund sich mit diesen wirtschaftlichen Problemen beschäftigt, ohne deren Lösung ein dauerhafter Friede unmöglich ist.

Neue Zehn-Rentenmarkscheine.

Die Deutsche Rentenbank macht bekannt, daß von Anfang September d. J. ab neue Rentenbankscheine über 10 Rentenmark mit dem Ausstellungsdatum 3. Juli 1925 ausgegeben werden. Die neuen Scheine treten an die Stelle der bisher ausgegebenen Rentenbankscheine über 10 Rentenmark vom 1. November 1923; die noch umlaufenden Scheine der alten Art behalten aber bis auf weiteres ihre volle Gültigkeit.

Der Chauffeurkrieg.

Seit der Fahrpreiserhöhung bei einem Teil der Großkraftdroschken sind der Polizei mannigfache Klagen darüber zugetragen worden, daß an den Autokablen die Chauffeure derjenigen Autokraftdroschken, die ihren Tarif nicht ermäßigt haben, mit allen möglichen Mitteln den billigeren Großkraftdroschken und auch den Kleinkraftdroschken das Halten zu verwehren suchen. Da das Polizeipräsidium nicht gewillt ist, seine im Interesse des Publikums liegende Verkehrspolitik sabotieren zu lassen, so wird es gegen derartige Verwehre rüchlos vorgehen. Demjenigen Droschkenführer, der sich in dem angegebenen Sinne schuldig macht, wird unmissverständlich die Erlaubnis und den betreffenden Chauffeuren der Fahrtafel entzogen werden.

Partyzongert in Schöneberg. Juguncken der Bestrebungen des Deutschen Einheitsbundes für Fahrtafel, veranstaltet der Männerchor „Frei und Gast“, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Längerbundes, Gau Berlin, am Sonntag, den 6. September d. J., mittags 12-1/2 Uhr, im Stadtpark Berlin-Schöneberg, am neuen Rathaus ein Partyzongert, das mit einer vom Polizeipräsidenten Berlin genehmigten Sammlung verbunden ist.

Aerzte gegen Rundfunk.

Der Berlin-Brandenburger Ärztekammer ist der Rundfunk ein Dorn im Geschäftsauge. Sie hat einstimmig einen Antrag angenommen, wonach sie es im Interesse der Volksgesundheit für höchst bedenklich hält, wenn durch Vermittlung der Funkstunde wissenschaftlich nicht begründete Anschauungen über Wesen und Behandlung von Krankheitszuständen verbreitet werden. Also auch hier möchte man ein ärztliches Monopol aufrichten und jede freiere Richtung ausschalten. Dann muß aber wieder einmal daran erinnert werden, daß die ärztliche Wissenschaft heute vieles reiflos anerkennt, was sie früher verbannte, weil es zuerst von Nicht-Ärzten in die Welt gesetzt wurde. Umgekehrt ist so manches, das wissenschaftlich begründet schien, später durch andere Forschungen, oft gerade mit Hilfe von sogenannten Laien, überholt worden. Ausgesprochene Kurpfuscher wird ja die Funkstunde wohl nicht zu Worte kommen lassen. Es kann aber nur nützen, wenn von intelligenten Köpfen gelegentlich gute Anregungen gegeben werden.

Die Kirche und das arbeitende Volk.

Die zu obigem Thema von der Arbeitsgemeinschaft der freigeistlichen Verbände der deutschen Republik, Ortsgruppe Groß-Berlin, zu gestern abend einberufenen öffentlichen Volksversammlungen erfreuten sich eines starken Zuspruchs. Mehrere hundert bisher noch den verschiedensten Religionsgemeinschaften angehörenden Proletarier haben ihre Adressen zur Verfügung gestellt, um in den von der Arbeitsgemeinschaft freigeistlicher Verbände eingerichteten Kirchenaustrittsdienststunden, in den Geschäftsräumen des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung e. V., Friedensstraße 60 (hemels Dienstadt) und Freitags von 7-8 Uhr abends) den Kirchenaustritt notariell zu vollziehen.

